

Corona-Pandemie wirft Wirtschaft um Jahre zurück

2. Juni 2020

Die Corona-Pandemie wird tiefe Spuren in der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft hinterlassen. Lieferketten und Unternehmen sind massiv getroffen. Die Unsicherheit über die Dauer der Pandemie belastet die Investitions- und Güternachfrage auf längere Zeit. Je nach Szenario droht die deutsche Wirtschaftskraft auf das Niveau des Jahres 2014 zurückzufallen.

Die Politik hat auf allen Ebenen schnell reagiert und öffentliche Mittel für Kredite bzw. Zuschüsse bereitgestellt. In der jetzigen Phase kommt den Banken erkennbar eine Schlüsselrolle zu, indem sie den Unternehmen mit Liquidität stützend zur Seite stehen. Zudem setzen sie die öffentlichen Förderprogramme um und stellen eine schnelle Abwicklung der Liquiditätshilfen für Unternehmen sicher. Um den Banken bei der Finanzierung von Unternehmen Spielraum zu lassen, hat die Aufsicht regulatorische Vorgaben angepasst. Der Bericht fasst die Lage der Unternehmen nach zwei Monaten Krisenmodus zusammen.



Seite ihrer Kunden. Sie beraten und sichern die Liquiditätsversorgung der Unternehmen und setzen die Milliarden-Hilfen effizient um. Die ersten Erfahrungen nach zwei Monaten Corona-Krise machen deutlich, dass Bankenregulierung die Balance zwischen Stabilität und Leistungsfähigkeit der Institute finden muss. Von leistungsfähigen Banken profitiert vor allem die Exportwirtschaft, die Motor des deutschen Wirtschaftswachstums ist. Die Exportfinanzierung muss in der Lage sein, während und nach der Krise mit breiten Finanzierungsmöglichkeiten die Exportunternehmen begleiten können. Hierzu schlägt der Bankenverband konkret verbesserte Refinanzierungsbedingungen vor.

[> ab Seite 4.](#)

Themenüberblick

Konjunktur

Deutsche Wirtschaft bricht ein

Innerhalb weniger Wochen hat die Corona-Pandemie Deutschland in eine tiefe Rezession gebracht. Die wirtschaftliche Erholung wird voraussichtlich nur sehr langsam vorankommen. Zudem wird die aktuelle Krise auch langwierige wirtschaftliche Schäden zur Folge haben. [>Seite 2](#)

Unternehmen und Banken

Unternehmensfinanzierung in Zeiten der Corona Krise

Die Corona-Pandemie hat die Unternehmen schwer getroffen, sowohl über die Angebots- als auch über die Nachfrageseite. Die Banken stehen besondere in der Krise an der

Bankenstatistik

Finanzierungsbedingungen in Q1/2020

Die Corona-Pandemie und die Unsicherheiten bezüglich künftiger Entwicklungen schlagen sich in deutlich verschärften Kreditvergaberichtlinien nieder. Hiervon sind insbesondere Kredite an Großunternehmen betroffen. [>Seite 9](#)

Kreditvergabe in Q1/2020

Das Volumen ausgereicher Kredite ist weiter gestiegen, vor allem für kurzfristige Ausleihungen. Der größte Anteil des gegenüber dem Vorquartal gestiegenen Kreditvolumens wird von den privaten Banken bereitgestellt, hierbei erweisen sich die Auslandsbanken erneut als tragende Stütze. [>Seite 11](#)

Deutsche Wirtschaft bricht ein

Erster Einschlag in den BIP-Zahlen

Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 2,2 % gegenüber dem Vorquartal gesunken (preis-, saison- und kalenderbereinigt). Der Rückgang war deutlich und ist zudem ausschließlich auf die Entwicklung im Monat März zurückzuführen. In den ersten beiden Monaten des Jahres hatte sich die Konjunktur in Deutschland hingegen noch recht lebhaft entwickelt. Ohne den Ausbruch der Pandemie wäre das Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr wieder gestiegen und hätte den leichten Rückgang aus dem Schlussquartal 2019 (-0,1 % gegenüber der Vorperiode) mehr als nur ausgeglichen.

Noch stärkerer Einbruch im zweiten Quartal

Das wirtschaftliche Verlaufsmuster im ersten Quartal dieses Jahres zeigt, wie plötzlich und – vor allem – wie heftig der Ausbruch der Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten hierzulande beeinträchtigt, erst recht nach der Verkündung der Kontaktsperre und der Schließung von Geschäften und Gastronomie Mitte März dieses Jahres.

Im zweiten Quartal 2020 ist sogar mit einem noch deutlicheren Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Die ersten vorsichtigen Schritte aus dem Lockdown wurden erst Ende April beziehungsweise Anfang Mai eingeleitet. Produktion und gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland sind aktuell weiterhin deutlich gedrückt.

In den Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird daher erst im Laufe des zweiten Halbjahres wieder eine leichte

Besserung zu sehen sein, vorausgesetzt, dass es zu keiner zweiten Infektionswelle kommt, die neue gesundheitspolitische Schutzmaßnahmen erforderlich machen würden.

Nur zögerliche Erholung

Die wirtschaftliche Erholung im zweiten Halbjahr 2020 wird aus heutiger Sicht nur sehr langsam und zögerlich vorankommen. Das liegt unter anderem daran, dass der wirtschaftliche Einbruch durch die Corona-Krise zum stärksten BIP-Rückgang in der Geschichte der Bundesrepublik führen wird. Zudem wird die aktuelle Krise auch langwierige wirtschaftliche Schäden zur Folge haben. Selbst die sehr umfangreichen staatlichen Hilfen und raschen Kurzarbeiterregelungen werden eine Zunahme der Insolvenzen und eine steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht verhindern können. Hinzu kommen die wachsende Verschuldung von Unternehmen und Staat, die deutlich höheren Kosten der Unternehmen etwa durch Infektionsschutzmaßnahmen, aber auch die erheblich reduzierte Kapazitätsauslastung in der Gastronomie, bei Hotels und im Transportgewerbe.

Ein weiterer Bremsfaktor ist die getrübbte Konsum- und Investitionsneigung. Die Ungewissheit über die künftige Entwicklung der Pandemie und damit verbunden auch eine hohe Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung drücken empfindlich auf die Zuversicht von Verbrauchern und Investoren. Und für die exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders bedeutend: Aufgrund der tiefen weltweiten Rezession sind bis auf weiteres auch keine Konjunkturimpulse über die Exportseite zu erwarten. Im Gegenteil,

die vom ifo-Institut abgefragten Exporterwartungen der deutschen Industrie waren von plus 0,9 Punkte Anfang des Jahres 2020 auf minus 50 Punkte Ende April abgestürzt – den niedrigsten jemals gemessenen Wert. Im Mai hat sich die Stimmung unter den deutschen Exporteuren zwar etwas erholt, die Exporterwartungen liegen Ende Mai aber immer noch bei minus 26,9 Punkten.

Wirtschaftspolitik bleibt gefordert

Der noch zu Beginn der Corona-Krise von vielen Ökonomen prognostizierte „v-förmige“ Konjunkturverlauf, bei dem die Erholungsphase von nennenswerten Nachholeffekten getragen würde, ist inzwischen unrealistisch. Wegen der Einkommensverluste, etwa im Zuge der Kurzarbeit, vor allem aber wegen der getrübbten Erwartungen wird es beim Konsum kaum zu nennenswerten Nachholeffekten kommen.

Die Wirtschaftspolitik wird daher auch in der Wiederanlaufphase stark gefordert sein. Notwendig sind möglichst breit angelegte, überzeugende Programme, die geeignet sind, die Zuversicht bei Konsumenten und Investoren wieder zu stärken.

In diesem Zusammenhang sind auch die jüngsten deutsch-französischen Vorschläge für einen Recovery-Fonds auf europäischer Ebene zu begrüßen. Das Projekt sollte nun zügig beschlossen und umgesetzt werden. Ein monatelanges politisches Gezerre um die grundsätzlichen Funktionen des Fonds würden seine möglichen positiven Erwartungseffekte erheblich schmälern.

Wirtschaftskraft fällt auf das Niveau von 2014 zurück

Legt man den oben grob skizzierten Konjunkturverlauf zugrunde, dann wird die

gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2020 wohl zwischen 6 und 8 % sinken. Die Wirtschaftskraft würde damit auf das Niveau des Jahres 2014 zurückfallen.

Die recht hohe Prognosespanne ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass das Statistische Bundesamt bei der Veröffentlichung der Daten für das erste Quartal dieses Jahres auf eine außerordentlich hohe Revisionsanfälligkeit hingewiesen hat. Pandemiebedingt habe man für einen größeren Teil der Daten als üblich auf Schätzmodelle zurückgegriffen.

Mit einer ganz besonders großen Unsicherheit sind derzeit die Konjunkturprognosen für das Jahr 2021 verbunden. Die Wahrscheinlichkeit, dass der diesjährige wirtschaftliche Einbruch bereits im kommenden Jahr vollständig ausgeglichen wird, ist in den letzten Wochen deutlich gesunken. Für den Jahresdurchschnitt nächsten Jahres ist derzeit mit einem Wirtschaftswachstum zwischen 4 und 6 % zu rechnen. Vieles wird dabei aber von den richtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in der wirtschaftlichen Erholungsphase abhängen. Zudem basiert diese Prognose auf der Annahme, dass die Infektionszahlen in Europa und weltweit im kontrollierbaren Bereich bleiben. Eine deutliche Aufwärtsrevision der Prognose würde sich ergeben, wenn im Laufe des nächsten Jahres ein verlässlicher Impfstoff in ausreichender Menge verfügbar wäre.

Unternehmensfinanzierung in Zeiten der Corona Krise

Unternehmen und Lieferketten sind schwer getroffen

Die Corona-Pandemie stellt die Unternehmen in Deutschland – aber auch weltweit – vor enorme Herausforderungen. Lieferketten sind unterbrochen und Umsätze fallen aus. Je nach Branche, Geschäftsmodell und Größe sind die Unternehmen unterschiedlich stark betroffen. So sind zum Beispiel im Dienstleistungssektor die Veranstaltungsbranche oder die Tourismuswirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette beinahe zum Erliegen gekommen. Der Gesundheitssektor oder Teile des Handels hingegen arbeiten mehr oder weniger im vollen Umfang weiter. Das Ausmaß der Belastungen für die Automobilindustrie und ihre Zulieferer wird im Wesentlichen von Entwicklungen auf globalen Märkten bestimmt; zeitweilig stand die Produktion beinahe komplett still. In der Metall- und Maschinenbaubranche liegen die Herausforderungen sowohl in der stark gesunkenen Auftragsnachfrage als auch in den Störungen der Zulieferungen und Wertschöpfungsketten. Insgesamt ist die Mehrheit der Unternehmen mit schmerzhaften Einbußen konfrontiert. Auch wenn viele von den jüngsten Lockerungen der Schutzmaßnahmen profitieren können – für die meisten bleibt die Ungewissheit über die eigene Geschäftsentwicklung wie über die Gesamtsituation sehr problematisch.

Betroffene Unternehmen stehen plötzlich vor einem deutlich erhöhten Liquiditätsbedarf. Viele, aber keineswegs alle Unternehmen können davon profitieren, dass sie über die vergangenen Jahre ihre Eigenkapitaldecke deutlich gestärkt haben: So lag die durchschnittliche Eigenkapitalquote der Unternehmen zuletzt bei 31%.

Um den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken, müssen die Unternehmen zur Sicherung ihrer Liquidität zahlreiche Maßnahmen in den operativen Produktions- und Geschäftsprozessen als auch Entscheidungen hinsichtlich ihrer Finanzierungen und Investitionen treffen.

Viele Unternehmen greifen auf die Möglichkeit der Kurzarbeit zurück. Angesichts der Umsatzausfälle versuchen Unternehmen, ihren akuten Liquiditätsbedarf teilweise zu verringern. Dazu haben die Unternehmen bis Ende April Steuerstundungen im Umfang von sechs Milliarden Euro in Anspruch genommen. Zudem wurden Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von elf Milliarden Euro herabgesetzt.

In einem weiteren Schritt haben Unternehmen – sofern notwendig – zusätzliche Fremdmittel aufgenommen. Dabei sind für die Finanzierung einige Unterschiede über die Sektoren hinweg zu erkennen. Insgesamt ist die Nachfrage nach Krediten stark gestiegen. Viele Unternehmen mit bestehenden Linien haben diese frühzeitig vollständig gezogen, um ihren Liquiditätsbedarf zu stillen.

Liquiditätshilfen für Unternehmen und Rolle der Banken

Um Unternehmen, Selbstständigen oder Freiberuflern, die durch die Corona-Krise in eine finanzielle Schieflage und zum Teil in existenzielle Nöte geraten sind, die dringend benötigte Liquidität zu sichern, haben der Bund und die Länder darüber hinaus umfangreiche zusätzliche Maßnahmen für die Wirtschaft in Höhe von rund 1,4 Billionen Euro beschlossen. In kürzester Zeit wurden unterschiedliche Instrumente geschaffen: Zum einen vergeben Bund und Länder an Freiberufler, Selbstständige und Kleinunternehmen, die alle kaum über

Sicherheiten verfügen, Direktzuschüsse. Nach technischen Herausforderungen am Anfang werden diese Mittel mit dem Ziel einer schnellen und unbürokratischen Hilfe inzwischen nahezu eins zu eins ausgereicht.

Zum anderen stehen den Unternehmen Liquiditätskredite zur Verfügung, die über die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgesichert werden. Mit Ausweitung des Garantierahmens des Bundeshaushalts für die KfW um bis zu 550 Milliarden Euro konnte die KfW ihre Förderprogramme für Unternehmen und Selbstständige deutlich ausweiten. Das „KfW-Sonderprogramm 2020“ (seit 23.3.2020) stellt Unternehmen, die sich 2019 noch nicht in Schwierigkeiten befunden haben, Kredite zur Verfügung, mit denen Liquiditätslücken überbrückt werden sollen.

Im Rahmen der erweiterten EU-Beihilferegulation wurde die Haftungsfreistellung für die Hausbanken stark ausgeweitet: auf 80% für größere Unternehmen bzw. auf 90% für kleine und mittlere Unternehmen. Mit dem sogenannten „KfW-Schnellkredit 2020“ (seit 15.4.2020) wurde der Kreis der Unternehmen, die Hilfe beanspruchen können, erweitert: Durch eine hundertprozentige Haftungsfreistellung und den Wegfall sowohl der Kreditwürdigkeitsprüfung als auch der banküblichen Besicherung wird die beschleunigte Auszahlung von Krediten bis maximal 800.000 Euro an Unternehmen mit mindestens 10 Mitarbeitern ermöglicht.

Durch das Aufsetzen auf die bewährte Förderstruktur inklusive des Durchleitungsprinzips (KfW/Hausbank/Endkreditnehmer) konnten die zusätzlichen Kredite bislang effizient vergeben werden. Zum schnellen und erfolgreichen Ausreichen der umfassenden Unterstützungsmaßnahmen haben maßgeblich die Banken beigetragen. Die privaten Banken arbeiten auf Hochtouren, um die Unternehmen in der Krise zu beraten und

ihnen zu helfen. Sie können und wollen Teil der Lösung sein. Deshalb ist eine konsistente Ausrichtung der Förderprogramme der KfW und der Landesförderinstitute unter Einbindung der Finanzierungspartner wichtig.

Die privaten Banken haben seit Start des KfW-Sonderprogramms bis Mitte Mai rund 40.000 Anfragen erhalten, und es wurden mehr als 37.000 Kreditanträge mit einem Volumen von 40,5 Milliarden Euro bearbeitet. Diese werden von den Banken unter Hochdruck entsprechend regulatorischer Vorgaben geprüft und an die KfW weitergeleitet. Dabei haben die Banken nach dem Gesetz und nach den Vorgaben der KfW eine Sorgfaltspflicht und müssen eine Risikoprüfung der Unternehmen vornehmen. So dürfen Unternehmen, die schon vor der Corona-Krise schwach gewesen sind, aus dem Sonderprogramm nicht unterstützt werden. Letztendlich sind die KfW-Mittel Kredite, die nach der Krise zurück zu zahlen sind und die für die Unternehmen eine höhere Verschuldung und einen höheren Kapitaldienst bedeuten.

In vielen Fällen zahlt sich aktuell eine seit längerem stabile Hausbankbeziehung aus. Banken haben ihren Kunden seit Ausbruch der Krise in Deutschland Kredite in erheblichem Umfang bereitgestellt – ein Vielfaches dessen, was sie seitdem an KfW-Krediten durchgeleitet haben. Zugleich aber trifft die Krise auch die Banken unvorbereitet, das heißt, die erheblich gestiegene Anzahl an Anfragen, Beratungsbedarf und Kreditanträgen der Kunden stellt die Institute operativ vor eine nicht unerhebliche Herausforderung, zumal sich viele Bankmitarbeiter ihrerseits im Homeoffice befinden. Durch den verstärkten Einsatz digitaler Lösungen können Prozesse gleichwohl beschleunigt werden.

Liquiditätshilfen in Form von Krediten können allerdings nur vorübergehend eine Lösung

darstellen. Insbesondere für Unternehmen, deren Umsatzausfall kaum oder gar nicht nachgeholt werden kann, wird die zweite Hälfte des Jahres 2020 entscheidend sein. Hier könnten weitergehende staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Form von Mezzanine-Kapital notwendig werden. Es zahlt sich nun aus, dass die Banken ihrerseits durch den Aufbau von Liquidität und Eigenkapital während der vergangenen zehn Jahre insgesamt in einer stabilen Verfassung dastehen.

Corona-Krise erfordert Anpassungen in der Bankenregulierung

Selbstverständlich müssen Banken die strengeren Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften aber auch weiterhin einhalten. Sie haben Kreditrisiken, die sie in der aktuellen Phase eingehen, sehr sorgsam zu prüfen und müssen die zuletzt gestiegenen Risiken auch wieder mit mehr Eigenkapital (zusätzlich zur gegebenenfalls höheren Risikovorsorge) unterlegen. Vor diesem Hintergrund zeigt die aktuelle Krise, dass die Finanzmarktregulierung nicht nur die Stabilität der Banken, sondern auch ihre Leistungs- und Handlungsfähigkeit im Blick haben muss. Die Rahmenbedingungen müssen hinreichend Spielraum bieten, damit Banken in einer solchen Krise nicht nur selbst stabil bleiben, sondern die Unternehmen auch effektiv durch die Krise begleiten können.

Gesetzgeber und Aufseher haben in der Krise bereits mit ersten Maßnahmen schnell und pragmatisch gehandelt. Mit Erleichterungen bei Kreditvergabeprozessen oder Berichtspflichten, aber insbesondere mit dem Verschieben der Umsetzung von Basel IV um ein Jahr haben die bisher getroffenen aufsichtlichen Maßnahmen freie Kapazitäten zur Krisenbewältigung und Unterstützung der Kunden geschaffen. Das Adjustieren von

Rechnungslegungs-, Kapital- und weiteren Vorgaben ermöglicht es den Banken außerdem, einen Teil der aufgebauten Reserven als Liquidität an zahlreiche Kunden weiterzugeben. Weitere Anpassungen an die Krise sind zeitnah anzugehen, wie das Aussetzen der Bankenabgabe für dieses Jahr.

Darüber hinaus sollten aber auch Lehren aus der Pandemie-Krise für wichtige, grundlegende Rahmenbedingungen gezogen werden. Hierzu zählt zum einen die Ausnahme von Förderdarlehen aus der Leverage Ratio, was eine Änderung der CRR voraussetzt. Zudem müssen Aufseher verstärkt in die Lage versetzt werden, einzelne krisenbedingte Risikoüberzeichnungen durch ansonsten funktionierende regulatorische Modelle aussetzen zu können. Zum anderen ist insbesondere die Bundesbank gefordert, die von der EZB vorgesehenen Erleichterungen im Sicherheitenrahmen zur Erweiterung und Stärkung der Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken national umzusetzen.

Verbesserte Refinanzierungsbedingungen für Exportwirtschaft

Verbesserte Refinanzierungsbedingungen der Banken sind gerade auch bei der Finanzierung langfristiger Außenhandelsgeschäfte von Relevanz. Daher hat der Bankenverband zusammen mit weiteren Wirtschaftsverbänden Vorschläge für eine Überarbeitung des KfW-Refinanzierungsprogramms für bundesgedeckte Exportkredite erarbeitet. Das seit Herbst 2009 bestehende KfW-Programm leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbssituation deutscher Exporteure. Denn es erweitert das Refinanzierungsinstrumentarium jener Banken, die im deutschen Exportmarkt aktiv sind, und ermöglicht diesen, auch unter schwierigen bzw. veränderten Umständen weiterhin langfristige Exportkredite im Interesse der deutschen Exportwirtschaft zu vergeben. Das

Programm ist über die letzten Jahre zu einem integralen Bestandteil der Außenwirtschaftsförderung des Bundes geworden. Der globale Wettbewerb wird sich nach der Corona-Pandemie deutlich verschärfen. Aus seinem

wettbewerbspolitischen Interesse heraus sollte Deutschland das Programm daher weiterentwickeln.

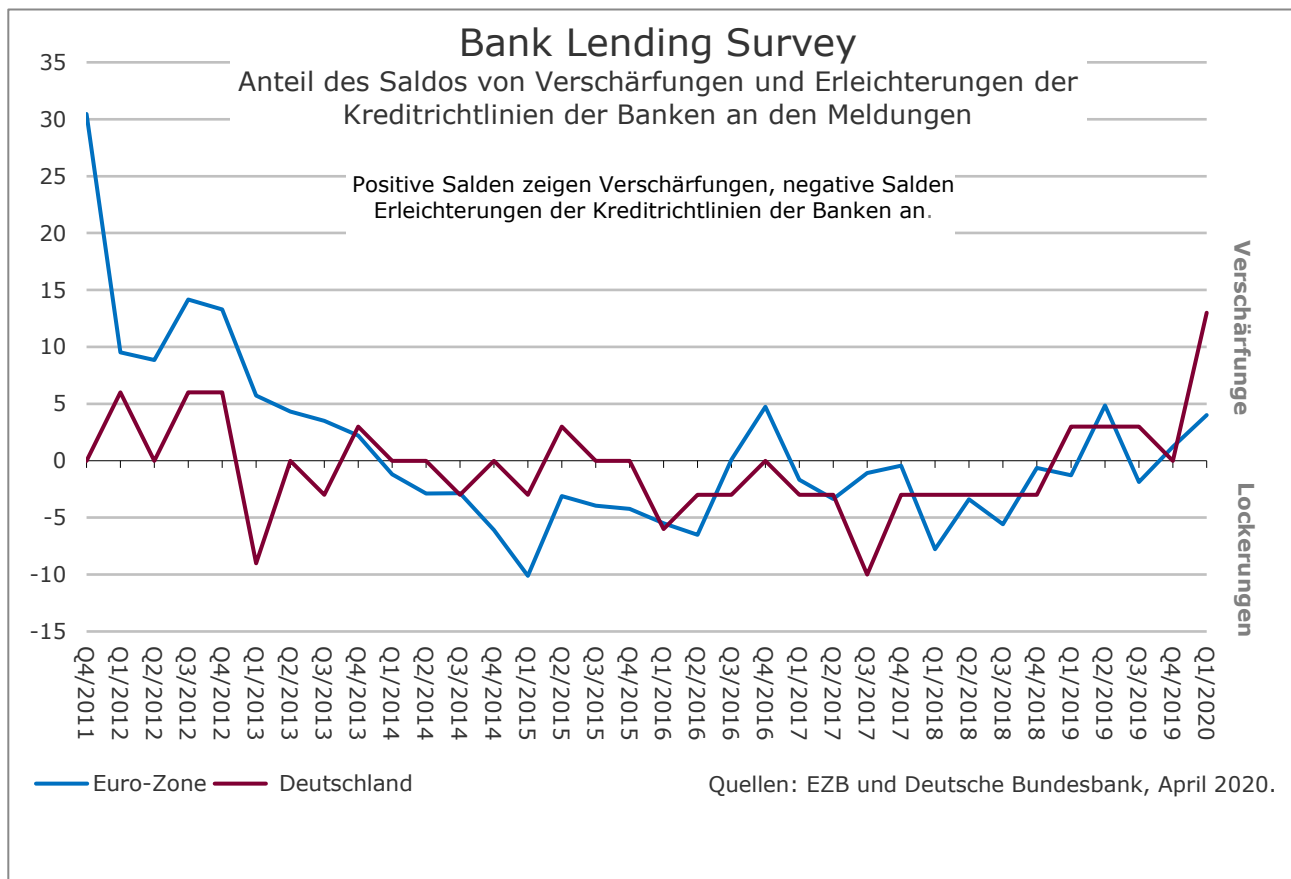
Finanzierungsbedingungen im ersten Quartal 2020

In der regelmäßigen Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey, BLS) wird unter den Banken der Euro-Zone die Veränderung der internen Kriterien für die Gewährung von Krediten (Kreditrichtlinien) abgefragt. In der Umfrage vom April schlagen sich die realwirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und die Unsicherheiten bezüglich künftiger Entwicklungen europaweit im BLS nieder. Das betrifft sowohl die Kreditangebotspolitik der Banken als auch die Kreditnachfrage der Unternehmen.

Konkret zeigen die Ergebnisse des BLS drastische Auswirkungen auf die Kreditstandards: Die Banken in Deutschland gaben an, ihre Kreditrichtlinien in der Unternehmensfinanzierung deutlich verschärft haben (Nettoanteil von +13%). Hiervon sind vor allem Kredite an Großunternehmen betroffen, bei der Kreditvergabe an KMU fällt die Anpassung der Kreditrichtlinien mit netto 7%

weniger stark aus. Treiber waren laut BLS die Eigenkapitalkosten der Banken sowie die Konjunkturaussichten und Kreditwürdigkeit der Kunden. Somit ist auch weiterhin von restriktiveren Kreditrichtlinien auszugehen. Zudem berichten die Banken von einer im Vergleich zum Vorquartal schlechteren Refinanzierungssituation. Gleichzeitig verschärften die Institute bei der Gewährung von Krediten für alle Unternehmenskategorien die mit den Kunden individuell zu treffenden Kreditbedingungen.

Gleichwohl hat die Kreditnachfrage in allen Unternehmenskategorien kräftig zugelegt; hierunter fällt insbesondere die Nachfrage der Unternehmen nach Liquiditätskrediten auf. Für die kommenden drei Monate erwarten die deutschen Banken einen noch kräftigeren Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten, insbesondere von KMU und für kurzfristige Laufzeiten.



Kreditvergabe im ersten Quartal 2020

Zum Ende des ersten Quartals 2020 ist das Volumen der ausgereichten Unternehmenskredite im Vorjahresvergleich erneut um 4,9 % gestiegen. Unternehmen nahmen insb. im März in großem Umfang Kreditlinien und neue Kredite in Anspruch, um fehlende Einnahmen auszugleichen und künftigen Liquiditätsengpässen vorzubeugen. Der zusätzliche Kreditbedarf der Unternehmen stieg vor allem für die kurze Frist, hier wächst das Kreditvolumen im Vorquartalsvergleich überproportional stark. Langfristige Ausleihungen sind gegenüber dem letzten Quartal hingegen nur langsam gestiegen. Hierbei kommt auch zum Ausdruck, dass die Banken mit Beginn der Pandemie im März bereits angekündigte aber noch nicht beschlossene Hilfs

kredite mit Überbrückungskrediten vorfinanziert haben. In erster Linie hatten die Unternehmen im März hohe Finanzierungsbedarfe für Lagerhaltung und Betriebsmittel.

An der Entwicklung im Quartalsvergleich zeigt sich die tragende Bedeutung der privaten Banken: Sie schultern den größten Anteil des zusätzlichen, im Vergleich zum Vorquartal gestiegenen Kreditvolumens und decken damit im wesentlichen Maße den vermehrten Liquiditätsbedarf der Unternehmen. Dabei stützen erneut die Auslandsbanken die Kreditfinanzierung und weiten im Quartalsvergleich ihre Kreditvolumina deutlich aus. Auch in der Krise sind sie ein verlässlicher Partner für die Finanzierung der deutschen Wirtschaft.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Zeitraum	Insg.*	Kreditbanken	Großbanken	Zweigst. Auslandsbanken	Sparkassen und Landesbanken	Kreditgeno.
in Mrd. Euro						
Q1/2019	954,568	290,014	114,835	41,259	387,926	194,096
Q2/2019	973,068	300,059	120,409	44,806	390,802	197,473
Q3/2019	973,952	294,165	117,035	44,467	394,131	199,891
Q4/2019	974,353	294,037	115,597	46,331	394,993	201,191
Q1/2020	1.000,516	306,016	120,007	51,869	401,021	204,356
Veränderungen gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)						
Q1/2019	5,0	6,4	8,2	9,9	3,6	6,3
Q2/2019	5,4	6,8	10,6	8,4	3,5	7,0
Q3/2019	4,5	4,0	5,5	7,8	3,2	6,5
Q4/2019	4,3	4,2	5,1	15,1	3,4	6,1
Q1/2020	4,9	4,1	4,5	25,4	3,6	5,2
Nachrichtlich: Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)						
Q1/2019	2,1	2,8	4,4	2,8	1,3	2,5
Q2/2019	2,0	3,4	4,9	8,3	0,9	1,6
Q3/2019	0,1	-1,9	-2,8	-0,8	0,9	1,2
Q4/2019	0,0	0,0	-1,2	4,2	0,2	0,7
Q1/2020	2,7	5,5	3,8	12,0	1,5	1,6

*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Mai 2020.